



**LINKE CLUBSZENE WILL AFD-DEMO "CRASHEN"**

## **Berlin: Linksfaschismus als Partyevent**

Die Linksverstörten Berlins scharren schon in den Startlöchern zu einem neuerlichen Sturm gegen Demokratie und Meinungsfreiheit. Am Sonntag, den 27. Mai hat die AfD eine [Großdemonstration in Berlin](#) geplant.

Ab 12 Uhr soll das Regierungsviertel im Blau der AfD gefärbt sein. Die Veranstaltung „Zukunft Deutschland“ startet vor dem Berliner Hauptbahnhof am Washington-Platz. Es soll ein Tag der Abrechnung mit der verantwortungslosen Politik Angela Merkels werden, so die AfD. Man wolle ein deutliches Zeichen setzen, dass es so nicht weitergehen dürfe.

Unter anderem werden Beatrix von Storch, Jörg Meuthen und Georg Pazderski als Redner erwartet, Guido Reil wird die Veranstaltung moderieren.

Wie erwartet formieren sich nun die linken Deutschlandvernichter. Zu den üblichen Hirnlosen mit ebensolchen immer gleichen Parolen wird diesmal auch die Berliner Clubszene mobilisiert.

**Für eine totalitäre Gesellschaft**

Unter dem Motto „[AfD wegbassen](#)“ rufen Clubbesitzer ihre Klientel zum Aufmarsch gegen die AfD, deren Demo man „crashen“ wolle, auf. In einer gemeinsamen [Mitteilung der „Clubbesitzer\\*innen“](#) ist zu lesen:

*Berlins Clubkultur ist alles, was die Nazis nicht sind und was sie hassen: Wir sind progressiv, queer, feministisch, antirassistisch, inklusiv, bunt und haben Einhörner. Auf unseren Dancefloors vergesellschafteten sich Menschen mit unbegrenzten Herkünften, vielfältigsten Begehren, wechselnden Identitäten und gutem Geschmack. Demgegenüber verkörpern AfD und Pegida ein repressives, heteronormatives, antifeministisches und rassistisches Bild von Gesellschaft. Ihr Ziel ist die völkische Formierung, die Rekonstituierung nationalistisch-homogener Staaten und die Stigmatisierung von allen, die nicht dazugehören sollen. [...] Dieser Zustand ist nicht tanzbar. Deshalb wird unsere Party ihren Aufmarsch crashen. Wir laden die Berliner Feierszene zur Afterhour – den AfD-Aufmarsch wegbassen!*

Die Clubs sähen sich in ihrem kreativen Handeln bedroht, heisst es.

Dass diese „unbegrenzten Herkünfte mit ihren vielfältigsten Begehren und wechselnden Identitäten“ tagtäglich Deutsche massakrieren, vergewaltigen, überfahren oder gar wegbomben wollen und eines der „vielfältigen Begehren“ [erzwungener Sex mit deutschen Mädchen, Frauen](#) und [gelegentlich auch schon Ponys ist](#), scheint dabei ins Konzept der zum Großteil grün-rot-wählenden Deutschlandhasser zu passen – haben sie sich doch den Volkstod auf ihre Fahnen geschrieben. Den meisten Partygängern, die sich nun diesem Aufruf anschließen werden, wird in Ermangelung von Bildung, wirklicher Reflexion oder weil das Hirn von Drogen sowieso zersetzt ist, wohl auch gar nicht auffallen, dass diese von ihnen mitgetragene Diktatur der Toleranz nur das Gebahren des Totalitären ist. (lsg)



# Klonovsky zur „Rasse“ der Kopftücher und Geschichtsklitterung

Zu den Symptomen jedes Paradigmen- und späteren Regimewechsels gehört die Umschreibung der Geschichte. Sie wird auf das neue Ziel hin ausjustiert und gern auch gefälscht. Ein Exempel, wie das hierzulande derzeit läuft.

Unter der Zeile „Nach Islam-Hetze von AfD-Chefin: Muslima erklärt, wie sie deutschen Wohlstand sichert“ veröffentlicht *Focus online* einen [Artikel](#) über eine muslimische Unternehmerin, welcher anhebt mit dem nachgerade legendären Kopftuchmädchen-und-Messermänner-Zitat der Alice Weidel und den Worten: „Für ihre diese rassistische Äußerung fing sie sich eine Rüge von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble ein.“

Zunächst einmal, Genossen, und bevor wir zu Geschichtsfälschung und Dummenfang kommen, ist Weidels Aussage nicht „rassistisch“, denn weder Kopftuchträgerinnen noch Messermänner repräsentieren Rassen, wengleich gewisse Ethnien in beiden Kategorien die Nasen meilenweit vorn haben; Schäuble sprach seine Rüge wegen angeblicher oder tatsächlicher Diskriminierung von Kopftuchträgerinnen aus. Die Diskriminierung der Messermänner als „Taugenichtse“ hat er

bedauerlicherweise nicht gerügt, obwohl gerade diese elanvollen jungen Burschen einen nicht unwesentlichen Beitrag leisten, damit unsere allzu monoethnische Gesellschaft in eine multiethnische umgewandelt werden und der parallel stattfindende „Einwanderungsdjihad“ (Michael Ley) sich eines gewissen Hintergrundterrors sicher sein kann. (Es ist in diesem Zusammenhang übrigens einerlei, aus welchen Motiven die Messer gezückt werden; der Schrecken, den solche Taten verbreiten, erfüllt in einer wehleidigen und überalterten Gesellschaft einen sozusagen objektiven Einschüchterungszweck zugunsten der neuen Herren der Straße, weswegen diese neuen Herren auch nie in den Medien oder von den Blockparteien verbal angegriffen werden, während jeder Medienkeile kriegt, der ihre Anwesenheit hierzulande als unangenehm empfindet.)

Zu Weidels Gunsten sei gesagt, dass die Rüge, die sie empfangt, auf einer Vermutung oder Unterstellung fußt, während es als sicher gelten kann, dass der Mann, der sie aussprach, den deutschen Bundestag über seine Kontakte zum Waffenhändler und Lobbyisten Karl-Heinz Schreiber belogen hat, während die Bargeldspende an ihn in Höhe von 100.000 Mark (für Jüngere und Kika-Gucker: das sind mindestens genau so viele Euronen, eher mehr) verschwunden ist. Weidel darf also genüsslich behaupten, von einem Parlamentsbeläger gerügt worden zu sein. „Rüge sprichst du, doch nenn' ich dich Lüge“ (so ungefähr Froh, „Rheingold“, 2. Aufzug). Aber dieses [Fass](#) machen wir heute nicht auf.

Kommen wir zum besagten *Focus*-Artikel über eine kopftuchtragende Unternehmerin. „Die 27-Jährige Hessin hat vor vier Jahren ihr eigenes Unternehmen in Deutschland gegründet. Für ihr Label entwirft sie Damenbekleidung, aber auch Schals, Turbane und Hijabs, also islamische Kopftücher. Anfangs vertrieb sie die Kleidungsstücke über einen Online-Shop, vergangenen Sonntag öffnete sie auch ihren ersten Laden in Rüsselsheim.“

Sie sichert den deutschen Wohlstand, indem sie Hijabs

verkauft. Andere tun dies, indem sie Türkei-Fahnen oder Gebetsteppiche verkaufen, *so what?*

„Weidels Äußerungen zeugt für die Unternehmerin vor allem von Unwissenheit: ‚Wenn sie sich mit der Geschichte Deutschlands auskennen würde, wüsste sie, dass die Muslime Deutschland mit aufgebaut haben‘, erklärt sie“, fährt *Focus online* fort. Damit spiele die Dame „auf die Nachkriegszeit an, als zahlreiche Gastarbeiter aus islamisch geprägten Ländern wie der Türkei, Marokko und Tunesien nach Deutschland kamen und so den ökonomischen Aufschwung mit ermöglichten.“

Dieses Märchen stammt, wie viele Flüchtlingsgeschichten auch, aus tausendundeiner Nacht, doch *Focus online* übernimmt es nicht nur unkommentiert, sondern die Qualitätsjournalistin erhebt es durch ihre Erklärung in den Rang eines würdigen Lügenpressebeitrags. Nicht ein einziger Gastarbeiter hat Deutschland „in der Nachkriegszeit wieder aufgebaut“, es sei denn, man erklärt die Zeit nach dem Wirtschaftswunder jetzt auch zur Nachkriegszeit. Dann besteht freilich kein Grund, nicht auch die Rüsselsheimer Hijab-Produzentin zu denjenigen zu zählen, die in der Nachkriegszeit leben und schufteten.

Schauen wir auf die allgemein und leicht zugänglichen Fakten. 1961, im Jahr des Gastarbeiter-Anwerbeabkommens mit der Türkei – das vor allem auf Druck der USA zustande kam, weil man dem meerengenversperrenden Nato-Partner Türkei an der Peripherie der Sowjetunion etwas Gutes tun wollte –, herrschte in (West-)Deutschland Vollbeschäftigung. Vorausgegangen war ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum, das anno 1955, im wachstumsstärksten Jahr der deutschen Geschichte, den Begriff „Wirtschaftswunder“ hervorbrachte. Sowohl die Wirtschaft als auch die Reallöhne (damals ging das noch zusammen) wuchsen in diesem Jahr um jeweils mehr als zehn Prozent.

Die Investitionen in der Bundesrepublik stiegen von 1952 bis 1960 um 120 Prozent, das Bruttosozialprodukt nahm um 80 Prozent zu. Kein Gastarbeiter war daran beteiligt.

Die deutsche Fahrzeugindustrie hat ihre Produktion zwischen 1950 und 1960 verfünffacht. Industrie und Dienstleister konnten innerhalb weniger Jahre zwei Millionen Arbeitslose sowie die Arbeitsfähigen unter den acht Millionen Vertriebenen und den 2,7 Millionen Menschen, die aus der DDR geflohen waren, in Lohn und Brot bringen. Die erwähnte Vollbeschäftigung trat in den späten 1950er Jahren ein. 1961, im Jahr des Anwerbeabkommens, lag die Arbeitslosigkeit unter einem Prozent, eine absurd niedrige Quote, die tatsächlich einen akuten Arbeitskräftemangel beschreibt. Nur weil das Land mitsamt seiner Industrie und Infrastruktur wieder aufgebaut war, konnte es überhaupt ausländische Arbeitnehmer beschäftigen.

Ab Anfang der 1960er Jahre ging der Investitionsboom langsam zurück, und die ersten Gastarbeiter kamen, damals noch mit dem Willen, sich in die deutsche Gesellschaft einzufügen.

Das sind die Fakten, man findet sie in jedem Wirtschaftslexikon und jeder Chronik dieser Zeit. Den staunenswerten Wiederaufbau haben die Deutschen allein bewältigt. (Nur zur Demolierung seines Landes brauchen dieses skurril-emsige Volk, so eifrig vor allem die eigenen sogenannten Eliten auch daran mittun, fremde Hilfe, sei es nun vor 1648, vor 1918, vor 1945 oder nach 2015.) Dass es sich so verhält, ist aber kein Grund, es jedem unter die Nase zu reiben. Irgendwann wird man uns erzählen, dass Millionen Muslime in den Konzentrationslagern der Nazis gelitten haben, bevor Recep der Prächtige mit Allahs Hilfe Hitler niederrang und Deutschland wiederaufbaute, während alle Nazis nach Israel und Paraguay flohen. Kaum saß ein Nazi im Weißen Haus, folgte ihm Paraguay und verlegte seine Botschaft nach Jerusalem! Wenn das kein Beweis ist!

---

(Im Original erschienen bei [michael-klonovsky.de/acta-diurna](http://michael-klonovsky.de/acta-diurna))



# Vergewaltigungs - Ingolstadt (1) : Schwarzafrikaner überfällt Joggerin

Von JOHANNES DANIELS aus Ingolstadt | Ingolstadt mit rund 130.000 Einwohnern ist nicht nur als „Audi-Motown“ bekannt, sondern mittlerweile als DIE Vergewaltigungs-Metropole Bayerns durch illegal importierte Willkommens-Orks. Wöchentlich kommt es seit 2016 nicht nur zu [drastischen Gewalteskalationen](#) durch tausende vorwiegend nigerianische „Schutzbedürftige“ im Umkreis der historischen „Schanzenstadt“, sondern auch zu einer „ungewöhnlichen Häufung“ [von Vergewaltigungen](#) und [brutalen Sexualattacken](#) durch Horst Seehofers Genital-Goldstücke. Zum Dank dafür schenkt der Bundesheimatminister seiner Geburtsstadt sogar ein „[zukunftsweisendes Mega-Ankerzentrum](#)“, in dem sich alle [Rapefugees](#) aus der Subsahara-Region ganz besonders wohl fühlen dürfen. Die Begeisterung der Bevölkerung über das „Vorzeige-Flüchtlingslager“ hält sich noch in Grenzen – nicht zu „[unrecht](#)“, Horst!“

Eine 35-jährige Joggerin wurde am vergangenen Freitag von einem Schwarzafrikaner in der Abenddämmerung am Steckenlohweg auf dem [Ingolstädter Donaudamm brutal überfallen](#). Eine sofort eingeleitete Nahbereichsfahndung der Polizei blieb ohne Erfolg, ebenso wie der Einsatz eines extra angeforderten

Personensuchhundes.

## **System-Fachkraft für „offensichtlich sexuell motivierten Angriff“**

Die nichtsahnende Frau lief in westlicher Richtung und hörte Musik über ihre Kopfhörer – ein Fehler. Plötzlich wurde sie von einem dunkelhäutigen Merkel-Ork von hinten zu Boden gerissen, so dass sie den Donaudamm hinunterstürzte. Als sie auf dem Rücken lag stellte sich der Unbekannte über sie und versuchte, ihr T-Shirt noch oben zu ziehen. Der Vergewaltiger hatte aber die Rechnung ohne die wehrhafte Bayerin gemacht!

Die Ingolstädterin ließ sich nicht einschüchtern und setzte sich in „[Schanzer-Manier](#)“ mit massiven Fußtritten zur Wehr. Es gelang ihr den „offensichtlich sexuell motivierten Angreifer“ in die Flucht zu schlagen. Dieser brauste „mit einem silberfarbenen älteren Damenrad“ in östlicher Richtung davon. Die Geschädigte erlitt durch den Angriff leichte Schürfwunden an den Beinen, konnte jedoch schnell einen Notruf mit dem Handy absetzen.

## **Schwarzer Glatzkopf mit silbernem Damenfahrrad**

Das Opfer der Sexualstraftat beschrieb den Täter wie folgt: Es handelt sich um einen „etwa 170 bis 175 cm großen und 18 bis 25 Jahre alten Mann, dunkelhäutig, schwarzafrikanischer Typ, schlanke, bis dünne Figur. Seine Kopfhaare sind zur Glatze abrasiert“. Bekleidet war er mit einer dunkelblauen Jeans und einem grün-braunen ausgewaschenen Camouflage-T-Shirt. Er trug beige Sandalen ohne (weiße) Socken – also sicherlich kein Deutscher!

Die Kripo Ingolstadt hat die Ermittlungen aufgenommen und am Tatort Spuren gesichert. Auch wenn es sich beim Tatort um eine recht abgelegene Ecke handelt und in der unmittelbaren Umgebung keine weiteren Zeugen unterwegs waren, könnte der Unbekannte doch zuvor oder bei seiner Flucht im Südosten der Stadt, speziell in der Umgebung des Auwaldsees, an der



Kälberschütt- oder Eriagstraße, aufgefallen sein. Eventuelle Zeugen, die sachdienliche Hinweise zum durchaus auffälligen Tatverdächtigen oder verdächtige Wahrnehmungen zur Tatzeit gegen 20.20 Uhr am Donaudamm beim Pionierübungsplatz gemacht haben, werden gebeten, sich mit der Kripo Ingolstadt, Tel. 0841 / 9343-0 in Verbindung zu setzen.

## **500 Prozent mehr Zuwanderer-Straftaten in Ingolstadt seit 2015**

Die bayerische Großstadt Ingolstadt, [die literarische Heimat Frankensteins](#), wurde seit 2015 zu einem Brennpunkt der Zuwandererkriminalität, wie auch der angrenzende Landkreis Eichstätt mit seinen zahlreichen staatlichen und [Bischöflichen Asyleinrichtungen](#) und der so genannten „[Zentralen Abschiebehaftanstalt](#)“. PI-NEWS berichtete bereits 2017 über die ungewöhnliche Häufung von Sexualdelikten durch Merkel-Migranten [direkt in Seehofers Kinderstube](#)!

Wie ein Ingolstädter Polizeisprecher unlängst erklärte, stiegen die Straftaten durch Zuwanderer allein auf dem Ingolstädter Stadtgebiet von 150 Delikten im Jahr 2014 über 600 in 2015 auf 950 im [vergangenen Jahr](#). Dabei handelt es sich vorwiegend um „Diebstähle und Körperverletzungen“ – eine Steigerung um 500% in zwei Jahren. Aber auch der Drogenhandel durch dunkelpigmentierte Neu-Oberbayern floriert derzeit in den Landkreisen. Zuletzt lag die Zahl registrierter [Straftaten](#) durch Migranten 2017 bei „weit über 1.000“ allein bis Oktober 2017.

„Man darf jetzt nicht in Hysterie verfallen“, erklärte Polizeisprecher Werner Semmler von der Ingolstädter Polizei die „zufällige Häufung“ sexueller Belästigungen in „Horst Seehofers Kinderstube“. Sicherlich liegt es nur am „gestörten Sicherheitsgefühl“ der Bevölkerung. Deutschland wird immer sicherer ... zu einem Masseneinwanderungs- und Massenvergewaltigungsland.



# Hitzacker: Linke vermummte Terrortruppe bedroht Polizistenfamilie

Es sei eine „neue Qualität der Gewalt gegenüber der Polizei und ihren Angehörigen“, schreibt die [Polizei in ihrem Bericht](#) zu einem Überfall linker Straßentruppen auf einen Beamten und seine Familie. Am Freitagabend sollen, nach einer Anti-Atomkraft-Demonstration in Gorleben, rund 60 Vermummte im Landkreis Lüchow-Dannenberg auf das Grundstück eines Polizisten gestürmt sein. Durch lautstarkes Randalieren, Anbringen von Bannern und ihre Vermummung habe die linke Sturmtruppe versucht die allein anwesende Familie des Polizeibeamten einzuschüchtern. Im Polizeibericht heißt es weiter:

*Nach Alarmierung von Polizeikräften konnten die Personen im weiteren Umfeld gestellt werden. Dabei kam es zu Handgreiflichkeiten und Widerstandshandlungen. Die Polizei hielt die Personen aus der regionalen sowie überörtlichen „linken Szene“ bis zur Feststellung der Personalien vor Ort fest und leitete in Absprache mit der Staatsanwaltschaft Lüneburg Strafverfahren u.a. wegen Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Hausfriedensbruch, Bedrohung, Beleidigung, Diebstahl und Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte ein. Einzelne Personen wurden aufgrund*

*einer individuellen Gefahrenprognose parallel Ingewahrsam genommen. Alle weiteren Personen erhielten einen regionalen Platzverweis.*

*„Die Polizei in der Region verurteilt die Aggressionen und Einschüchterungsversuche zum Nachteil unserer Polizeibeamten und ihrer Familien auf das Schärfste. Mit dem gezielten „Angriff“ auf personifizierte Polizeibeamte als Privatpersonen und ihrer Familien wurde in der Region eine neue Dimension der Gewalt gegen Polizeibeamte erreicht. Dieser gilt es gesamtgesellschaftlich entgegenzutreten und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen.“*

Schau mal einer an! Worte wie „gesamtgesellschaftlich entgegnetreten“ kennen wir bisher nur von Statements in Bezug auf die AfD oder „rechte Populisten“. Für das linke lichtscheue Gesindel galt bisher, dass man Verständnis für deren „aufgebrachten Protest“ haben müsse, der ja nur von „den Rechten“ aufgebauscht würde. Und was bitte daran ist neu?

Auch für Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius, strammer Kämpfer gegen Rechts und Schutzvater der Linken, scheint das alles ganz neu und überraschend zu sein. Er zeigt sich, vermutlich nur wegen des öffentlichen Drucks, bestürzt: „Ich bin absolut davon entsetzt. Das ist eine unfassbare Grenzüberschreitung dieser Gruppe“, schreibt Pistorius auf [Facebook](#). Das sei eine „unfassbare Grenzüberschreitung dieser Gruppe“, so Pistorius, der aber sichtlich ganz klar Wert darauf legt, dass es um „diese Gruppe“ gehe und nicht etwa darum, dass man endlich generell gegen den linken Terror in Deutschland, der sich erst im vergangenen Jahr in einem Akt unsäglicher Gewalt beim G20-Gipfel entlud ([PI-NEWS berichtete](#)), vorgehen wolle.

Auch wenn der linke Mob AfD-Wahlkampfstände drangsaliert, AfD-Politiker körperlich attackiert, ihre Autos abgefackelt und Häuser beschmiert werden, wenn friedliche Demonstranten auf

dem Weg zu Pegida-Demonstrationen verdroschen werden zeigt man sich mitnichten „entsetzt“ von der Agitation der linken Staatsfeinde.

Nein, natürlich nicht, denn die meisten sind ja schließlich Opfer „unserer Gesellschaft“ und haben das Recht ihre „verständliche“ Wut auf selbige, sozusagen in einem Akt künstlerischer Freiheit, auf die Straße zu bringen, die dadurch ja nur bunter wird. Und vermutlich war die Bedrohung des Beamten und seiner Familie auch nur eine Bewerbung für ein politisches Amt. Denn man kann es in Deutschland ja mit dem [Verprügeln von Polizisten](#) bis zum Außenminister bringen. (lsg)



## Schmierenskomödie letzter Akt: Präsidentenhopping der Türkenfußballer

Von REALSATIRE | Richtig, es fehlte noch der dramatische Höhepunkt in der Schmierenskomödie um Joachim Löw, Mesut Özil, Ilkay Gündogan und dem DFB in den Hauptrollen: der Auftritt von Bundespräsident Frank Walter Steinmeier (SPD), der den nationalen Fremdgängern bei einem [Treffen im Garten des Schlosses Bellevue](#) die Absolution erteilt. Und damit gleich auch noch den DFB so kurz vor der WM aus der Bredouille holt.

Steinmeier segnet mit dem Empfang das Verhalten der zwei

Nationalspieler mit türkischen Wurzeln ab, die Deutschland gerade den offensichtlichen Stinkefinger gezeigt haben. Özil und Gündogan hatten vorgeführt, wie viel deutsche Werte in ihnen stecken, als sie sich vor einer Woche mit dem türkischen Despoten Recep Erdogan im Wahlkampf trafen und Gündogan auf sein Trikot-Mitbringsel die Worte „Für meinen Präsidenten – hochachtungsvoll“ schrieb. Damit führten die beiden ihre Integration, die sie seit ihrer Geburt in Deutschland genossen, schlagartig ad absurdum. Das fatale Signal lautete: Vorteile der „Heimat“ mitnehmen, anschließend nach Belieben die Loyalitäten wechseln wie ein gebrauchtes Trikot. So zeigt man den Deutschen, was von der angeblichen Integration zu halten ist.

Bekommt jetzt jeder auf Ersuchen hin eine Privataudienz beim Staatsoberhaupt, der den Deutschen auf seine Art die Wertschätzung gezeigt hat? Mit Tête-à-Tête im Bellevue und anschließender Vergebung? Plus Lob und Anerkennung vom DFB, der hervorhob, dass die Spieler sogar ihren Urlaub für den Trip nach Berlin unterbrachen. Und sich nunmehr ganz dolle zur Plural-Heimat bekennen, von der man ja laut Steinmeier mehrere haben darf. Riesenehrenwort!

Der DFB kann erstmal wieder aufatmen. Der Boden war den Protagonisten zu heiß geworden. Die übergroße Mehrheit der Deutschen lehnte das nationale Fremdgehen von Özil und Gündogan ab. Es geht um Weltmeisterschaft, Geschäft, Verträge und Karrieren, die notleidend werden könnten. Mittendrin [Löw und seine „Döner-Connection“](#). Da musste man handeln, am besten wie auf dem osmanischen Basar.

Steinmeier hätte sich nicht auf den Ablasshandel einlassen dürfen. Er hätte warten können und müssen bis nach der Weltmeisterschaft. Zumindest hätte er darauf dringen müssen, dass sich Özil und Gündogan vor der Öffentlichkeit entschuldigen. Davon war bis dato nichts zu hören. Mit seiner Geste unterstützt Steinmeier das falsche Verhalten und gibt sogar noch seinen Segen für die Aufstellung der nationalen

Fremdgänger bei der WM.

---



## China wehrt sich gegen Messermänner

Immer wieder, seit etwa zehn Jahren, versuchten sie es in China so wie in anderen Teilen der Welt. Muslimische Terroristen, insbesondere in der von Uiguren bewohnten Unruheprovinz Xinjiang, griffen zu dem, was sich bot, [Messern](#), und gingen damit auf „Ungläubige“ los, in dem Glauben, ein gutes Werk für ihre angebetete Monstranz „Allah“ zu tun.

Das mag woanders, insbesondere hierzulande, so hingenommen werden, in China nicht. Seit dem Frühjahr 2017 ist [Verschleierung in der Öffentlichkeit](#) verboten und auch das Tragen „abnormal langer Bärte“.

Seit dem Herbst müssen [Koranausgaben abgegeben werden](#), da sie extremistische Inhalte aufweisen. Doch damit nicht genug. Laut dem britischen *Independent* soll es eine Kombination von Gefängnisstrafen und Internierungslagern geben, die darauf abzielen, in maoistischer Tradition die Menschen „umzuerziehen“.

Seit dem letzten Frühling sollen zehntausende, wenn nicht hunderttausende interniert worden sein, [berichtet die Zeitung](#) weiter:

[...]

Chinesische Offizielle haben weitgehend vermieden, sich zu den Camps zu äußern, aber manche werden in Staatsmedien erwähnt, die die Notwendigkeit betonen, ideologische Veränderungen herbeizuführen und den islamischen Separatismus zu bekämpfen.

Radikale muslimische Uiguren haben in den vergangenen Jahren Hunderte getötet und China sieht die Provinz als eine Bedrohung für den Frieden im Land an, dessen Bewohner in der Mehrheit Han-Chinesen sind.

Das Internierungsprogramm zielt darauf ab, das politische Denken der Insassen neu zu ordnen, ihren islamischen Glauben auszuradieren und ihrer ursprünglichen Identität eine neue Form zu geben.

[...] „Gehorchst du dem chinesischen Gesetz oder der Scharia?“, fragten die Instrukteure. „Verstehst du, warum Religion gefährlich ist?“ Einer nach dem anderen musste vor den 60 Klassenkameraden aufstehen und Selbstkritik an seiner religiösen Vergangenheit üben, sagte Omir Bekali [einer der Internierten]. Die Internierten mussten sich auch untereinander kritisieren.

Jene, die halbwegs gut die offizielle Linie vertraten oder Mitgefangene besonders gemein angingen, wurden nach einem Punktesystem belohnt und konnten in komfortablere Räumlichkeiten in anderen Gebäuden umziehen.

„Mir wurde von meinem Vater der heilige Koran beigebracht und ich lernte ihn, weil ich es nicht besser wusste“, hörte Bekali jemanden sagen.

[...] Während die Instrukteure zusahen, mussten diejenigen, die sich zu ihrem schlechten Verhalten bekannt hatten, immer wieder rufen: „Wir haben illegale Dinge getan, aber wir wissen es jetzt besser.“

Interessanterweise wird ein Punkt der Gehirnwäsche in der Überschrift angeführt, im Artikel selbst aber nicht: „Muslims forced to drink alcohol and eat pork in China's ‚reeducation‘ camps, former inmate claims“ – Muslime wurden gezwungen, Alkohol zu trinken und Schweinefleisch zu essen, behauptet ein früherer Insasse. Wie sah dieser Zwang aus? Wurde ihnen das Essen in den Mund gesteckt oder gab es nichts anderes?

Während die meisten der hier für China beschriebenen Maßnahmen sicher nicht übertragbar auf ein (dem Anspruch nach) demokratisches Staatswesen wie Deutschland sind, sollte man bei diesem Punkt der Ernährung vielleicht doch nachdenken, ob man nicht von den Chinesen lernen kann.

Könnte man nicht in unseren Gefängnissen überwiegend (billiges) Schweinefleisch anbieten und es den Insassen überlassen, ob sie sich auf Kartoffeln und Gemüse beschränken oder davon nehmen? Nicht alles, was aus China kommt, ist schlecht...



## **„Befreiungsausschuss Südtirol“ – Opfer für die Freiheit**

Von REYNKE DE VOS | Die rechtliche Verankerung der Selbstverwaltung des 1919 Italien zugeschlagenen und auch nach



dem Zweiten Weltkrieg im Stiefelstaat verbliebenen südlichen Landesteils Tirols in Form einer mit Sonderautonomie ausgestatteten Provinz wird bisweilen als „Modell“ für die Entschärfung oder gar Lösung anderer Konflikte mit nationalen Minderheiten genannt. So „friedlich“, wie die „Lösung des Südtirol-Konflikts“ letztlich durch Installation eines Autonomiestatuts für das Gebiet zwischen Brenner und Salurner Klause meist im sonntagsrednerischen Rückblick gepriesen wird, verlief sie ganz und gar nicht.

### **„Pariser Abkommen“ – von Italien nicht erfüllt**

Das am 5. September 1946 in Paris zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi und dem österreichischen Außenminister Karl Gruber getroffene Übereinkommen hatte zwar eine autonome Gesetzgebung und Verwaltung vorgesehen. Doch im Ersten Autonomiestatut von 1948, mit dem Rom vorgab, das „Pariser Abkommen“ erfüllt zu haben, wurde die Selbstverwaltungsbefugnis auf die Region Trentino-Alto Adige übertragen, worin die Provinzen Bozen-Südtirol und Trentino zwangsvereint und die Südtiroler aufgrund des weit überwiegenden Bevölkerungsanteils ethnischer Italiener majorisiert wurden. Überdies führte das „demokratische“ Italien die faschistische Zuwanderungs- und Entnationalisierungspolitik ungehemmt weiter.

### **Kanonikus Gamper: „Auf dem Todesmarsch“**

Weshalb Kanonikus Michael Gamper, sozusagen der geistige Führer der deutschen Volksgruppe, am 28. Oktober 1953 in der Zeitung „Dolomiten“ schrieb:

*„Die gewollte Unterwanderung unseres Volkes geht weiter. Viele Zehntausende sind nach 1945 und nach Abschluß des Pariser Vertrages aus den südlichen Provinzen in unser Land eingewandert, während zur gleichen Zeit die Rückkehr von einigen Zehntausenden unserer umgesiedelten Landsleute unterbunden wurde ... Es ist ein Todesmarsch, auf dem wir*

*Südtiroler uns befinden, wenn nicht noch in letzter Stunde Rettung kommt."*

Der massive, staatlicherseits geförderte Zuzug von Italienern nach Südtirol, das Errichten von „Volkswohnbauten“ und das Schaffen von Arbeitsplätzen nahezu ausnahmslos für sie, diskriminierte nicht nur die angestammte Bevölkerung und die rückkehrenden Optanten, sondern führte zur unübersehbaren Abwanderung junger Südtiroler. Weshalb Gamper zurecht vom „Todesmarsch“ sprach – und es zu erstem, auch gewaltbereitem Aufbegehren dagegen kommen musste.

### **Von ersten Anschlägen zum „Los von Trient“**

So verübte die „Gruppe Stieler“ zwischen September 1956 und (ihrer Verhaftung und Misshandlung im) Januar 1957 Sprengstoffanschläge auf besagte „Volkswohnbauten“, um Zeichen zu setzen. 1957 kam es auch zu einer – in ihrer historischen Bedeutung nachhallenden – politischen Großkundgebung gegen die römische Politik. Der italienische Arbeitsminister Giuseppe Togni hatte am 1. Oktober 1957 den Bau eines neuen Bozner Stadtviertels mit 5000 Wohneinheiten für italienische Zuwanderer angekündigt. Woraufhin Silvius Magnago, Obmann der Südtiroler Volkspartei (SVP) und nachmals auch langjähriger Landeshauptmann, in seiner Ansprache vor den am 17. November auf Sigmundskron zusammengeströmten ca. 35 000 Teilnehmern die „Erfüllung des Pariser Vertrages“ und unter der Devise „Los von Trient!“ eine „echte Autonomie für Südtirol“ verlangte.

### **Aufwühlende Jahre der Repression**

Bis es dazu mit der 1969 auf der SVP-Landesversammlung nur äußerst knapp gebilligten Grundlage zum dann erst 1972 in Kraft getretenen Zweiten Autonomiestatut kam, durchlebten die Südtiroler aufwühlende Jahre, die sie und ihr Dasein nicht nur daran erinnerten, sondern geradezu in die schlimmsten Zeiten längst überwunden geglaubter faschistischer Herrschaftsmethoden zurückführten. Die einheimische, will

sagen: ethnisch nicht-italienische Bevölkerung war fortwährend staatlicher Repression, Verhöhnung, Anpöbelung und Diffamierung ausgesetzt. Italienische Schlägertrupps, vornehmlich aus Parteigängern und Sympathisanten des neofaschistischen Movimento Sociale Italiano (MSI), störten Versammlungen der ethnisch deutschen respektive ladinischen Südtiroler. Rigoros wandte die italienische Justiz die politischen Unterdrückungs-Paragrafen des nach wie vor in Geltung befindlichen faschistischen Strafgesetzbuches „Codice Rocco“ an. Das Bemalen von Fensterläden in den Tiroler Landesfarben wurde ebenso strafrechtlich geahndet wie das Hissen der Landesfahne.

Zahlreiche Südtiroler wurden wegen angeblicher Schmähung des Staates bzw. der „italienischen Nation“ verurteilt. Die staatlichen „Ordnungshüter“ der diversen Polizei-Organen waren darauf aus, jedwede Regung gelebter Tirolität (Sitten, Gebräuche, Riten etc.) im Keim zu ersticken. Eines von vielen Beispielen: Als Messebesucher am 21. Februar 1960 nach dem Gottesdienst an dem auf dem Platz vor der Bozner Pfarrkirche befindlichen Denkmal für Peter Mayr, den Freiheitskämpfer von 1809, einen Kranz niederlegten und das Andreas-Hofer-Lied anstimmten, schlugen Polizisten der Einsatzgruppe „Celere“ mit Knüppeln auf sie ein („Knüppelsonntag“). „Rädelsführer“ wurden verhaftet und vom Gericht als „Unruhestifter“ zu Haftstrafen verurteilt.

### **Verhärtung Roms trotz UN-Resolutionen**

Eine graduelle Besserung schien in Aussicht zu kommen, nachdem sich Österreich als Vertragspartner von 1946 und somit als „Schutzmacht“ Südtirols auf Initiative des damaligen Außenministers Bruno Kreisky an die Vereinten Nationen (UN) gewandt und die Weltorganisation am 31. Oktober 1960 mit der Resolution 1497 Italien und Österreich zu Verhandlungen über die Erfüllung des Pariser Abkommens aufgefordert hatte. Doch Rom betrieb, um jegliche Zugeständnisse mit der Parole von der „inneren Angelegenheit Italiens“ vermeiden zu können, eine

Destruktionspolitik und ließ alle Verhandlungen ergebnislos enden. Daran änderte sich auch nach der zweiten hinsichtlich des Südtirol-Konflikts ergangenen UN-Resolution 1667 vom 28. November 1961 zunächst nichts Wesentliches.

### **Sepp Kerschbaumer und seine Getreuen**

Weil sich Italien nicht nur nicht bewegte, sondern alle politischen Verhandlungen ins Leere laufen ließ, trat in dem von Hoffnungslosigkeit bis Verzweiflung schwankenden südlichen Tirol eine bereits seit 1957 insgeheim wirkende Gemeinschaft von für die Freiheit des Landes und dessen angestammte Bewohner kämpfenden Aktivisten stärker denn je zuvor seit ihrer Gründung ins Rampenlicht. Sie wollte mittels spektakulärer Maßnahmen die internationale Öffentlichkeit auf den Konflikt und auf die kujonierende Entrechtung der deutschen und der ladinischen Volksgruppe Südtirols aufmerksam zu machen. Die um den Frangarter Kaufmann (und anfänglichen SVP-Ortsobmann) Sepp Kerschbaumer im „Befreiungsausschuß Südtirol“ (BAS) versammelten Gleichgesinnten aus beiden Teilen Tirols – einige auch aus anderen österreichischen Bundesländern sowie der Hauptstadt Wien – protestierten zunächst mittels Flugblättern, Rundbriefen und an öffentlichen Gebäuden sowie auf Straßen angebrachten Aufschriften. Kerschbaumer hatte auf Sigmundskron BAS-Flugblätter unter den Kundgebungsteilnehmern verteilen lassen, auf denen es hieß:

*„Landsleute! Noch nie in den fast 40 Jahren italienischer Herrschaft hat sich unser Volk in einer so gefährlichen Lage befunden wie heute. Was dem Faschismus in nahezu 20 Jahren mit gewaltsamen Unterdrückungsmethoden nicht gelungen ist, hat das demokratische Italien in nahezu 10 Jahren beinahe erreicht. Trotz des Pariser Vertrages! Noch 10 Jahre ‚christlich-demokratische‘ Herrschaft in Südtirol und sie haben es erreicht, was sie sich von Anfang an zum Ziele gesetzt haben: Die Südtiroler im eigenen Lande in die Minderheit zu drängen ... Landsleute! Es ist fünf vor zwölf ... Südtirol erwache! Rüstet euch zum Kampf! Zum Kampf um unsere*

*Existenz. Es geht um Sein oder Nichtsein unseres Volkes! Es geht um den Bestand unserer Kinder, unserer Kindeskinde! Frei wollen wir wieder werden in unserem Lande, frei wie unsere Vorväter es gewesen über 1000 Jahre im deutschen Südtirol!"*

## **Der BAS schlägt punktuell zu**

Doch mit derartigen Mahnungen und Aufrufen war es umso weniger getan, als sich die Unnachgiebigkeit Roms zusehends verhärtete. So gingen die BAS-Aktivistinnen – einfache Bauern, Arbeiter, Handwerker, Kleingewerbetreibende – zu gezielten Anschlägen gegen Symbole der unterdrückenden Staatsmacht über. In der Nacht vom 29. auf den 30. Januar 1961 sprengten BAS-Leute aus Nord- und Südtirol beispielsweise den sogenannten „Aluminium-Duce“, ein überdimensioniertes Mussolini-Denkmal vor dem Kraftwerk in Waidbruck, welches zu dessen Lebzeiten die verherrlichende Widmung „Al Genio del Fascismo“ („An den Genius des Faschismus“) trug. Und am 1. Februar 1961 sprengte der Neumarkter BAS-Aktivist Josef Fontana ein Loch in die Wand der Villa des faschistischen Senators Ettore Tolomei, der einst die Maßnahmen zur Entnationalisierung der Südtiroler entworfen hatte. Es kam auch zu weiteren Anschlägen auf Neubauten, in denen Wohnungen für italienische Zuwanderer errichtet werden sollten.

## **Mitwiser dies- und jenseits des Brenners**

Österreichische Politiker wie Kreisky (SPÖ) und die Nordtiroler Landesräte Aloys Oberhammer (ÖVP) sowie Rupert Zechtl (SPÖ) und weitere bedeutende Persönlichkeiten waren mehr oder weniger „eingeweiht“, wussten von den Plänen der Freiheitskämpfer des BAS. Dessen Ziel war es, lediglich Sachschäden anzurichten; Menschen sollten auf Weisung des tiefgläubigen Kerschbaumer keinesfalls zu Schaden kommen. In Südtirol zählten der SVP-Obmannstellvertreter und Landtagsabgeordnete Hans Dietl, die SVP-Landtagsabgeordneten

Friedl Volgger und Peter Brugger sowie einige andere SVP-Funktionäre – wie etwa das Parteiausschussmitglied Franz Widmann – zu den Vertrauensleuten des BAS. Ihre Namen wurden von den nachmals Verhafteten trotz erlittener Folter nicht preisgegeben.

Auch Parteiobmann und Landeshauptmann Magnago war in groben Zügen unterrichtet, denn Kerschbaumer und sein enger Mitstreiter Georg („Jörg“) Klotz – der Schützenmajor und Schmied aus Walten im Passeier war einer der leidenschaftlichsten Freiheitskämpfer – hatten ihm unmissverständlich klargemacht, dass sie Widerstandshandlungen begehen würden. Magnago bestritt dies Jahrzehnte später auch nicht, erklärte aber, Kerschbaumer und Klotz von illegalen Aktionen abgeraten zu haben. Wie auch immer – in Einzelheiten bevorstehender Aktionen wurde Magnago tatsächlich nicht eingeweiht; man wollte ihn nicht kompromittieren und seine Partei nicht gefährden.

### **Der „große Schlag“ – die „Feuernacht“**

Zum wirklich „großen Schlag“ des BAS sollte es indes erst in der denkwürdigen „Feuernacht“ kommen. Dem waren abermals ergebnislos verlaufene Südtirol-Verhandlungen Kreiskys mit dem damaligen italienischen Außenminister Antonio Segni am 25. Mai 1961 in Klagenfurt vorausgegangen. In der Nacht zum „Herz-Jesu-Sonntag“ vom 11. auf den 12. Juni wurden an markanten Stellen Südtirols, besonders rund um Bozen, mehr als 40 Hochspannungsmasten durch Sprengladungen zerstört oder stark beschädigt. Die Freiheitskämpfer suchten ihre Anschlagziele so aus, dass nach menschlichem Ermessen Menschenleben nicht gefährdet waren. So hatte es Sepp Kerschbaumer von seinen Kameraden verlangt, und alle waren sich darin einig gewesen: Der Freiheitskampf sollte unblutig sein. Dennoch kam es zu einem tragischen Vorfall: Der Straßenarbeiter Giovanni Postal entdeckte nahe Salurn eine nicht detonierte Sprengladung, wollte sie eigenhändig vom Mast entfernen, wobei sie nunmehr losging und er zu Tode kam. Es sollte hinfort nicht der

einzigste Tote bleiben.

Mit der „Feuernacht“ hatte der BAS ein wesentliches politisches Ziel erreicht: Die Welt blickte auf Südtirol, auf einen Konfliktherd im Herzen Europas. Dorthin beorderte Rom zusätzliche Carabinieri-, Polizei- und Heereskräfte, sodass alsbald ungefähr 40.000 bewaffnete Uniformträger das Land in ein Heerlager verwandelten.

### **Purgatorium der Freiheitskämpfer**

Im Juli war in Laas der Schützenmajor Franz Muther verhaftet und in der Carabinieri-Kaserne von Meran einer „Sonderbehandlung“ unterzogen worden, bis er unter der Folter Namen von Mitverschwörern preisgab. Die nächsten Verhaftungen mit anschließender Folter galten Schützenmajor Jörg Pircher aus Lana und Sepp Kerschbaumer selbst. Bis Ende September 1961 wurden mehr als 140 BAS-Leute verhaftet und skrupellos der Folter ausgesetzt; höhnisch erklärten ihnen ihre Peiniger, Innenminister Mario Scelba persönlich habe ihnen „*carta bianca*“ – „freie Hand“ – gelassen, damit sie mit den Häftlingen anstellen könnten, was immer ihnen beliebt. Infolge der Folterung starben die Südtiroler Franz Höfler und Anton Gostner; und die Folter-Folgen führten auch bei Sepp Kerschbaumer im Gefängnis von Verona 1964 zum Tode. Weitere Folteropfer trugen, wie der Unterhasler-Bauer Sepp Mitterhofer, lebenslange Gesundheitsschäden davon, andere verstarben vorzeitig.

### **Rom: „Vorbildlicher Einsatz“ der Folterknechte**

44 Südtiroler Häftlinge erstatteten gegen 21 namentlich bekannte Carabinieri Anzeige wegen Folterns. Lediglich deren sieben wurden justiziell berücksichtigt und nur zehn „Foltercarabinieri“ 1963 in Trient vor Gericht gestellt, die anderen amnestiert. Im laufenden Verfahren wurden zwei Carabinieri verurteilt und unmittelbar nach dem Urteilsspruch amnestiert, die übrigen Folterer sofort freigesprochen.

Anschließend wurden sie allesamt in Rom von General Giovanni De Lorenzo, dem Oberbefehlshaber der Carabinieri, Geheimdienstchef und späteren neofaschistischen Kammerabgeordneten, öffentlich für ihren „vorbildlichen Einsatz“ belobigt, ausgezeichnet und einige sogar befördert.

Die meisten der verhafteten BAS-Aktivisten wurden indes zu hohen Haftstrafen verurteilt, ihre gesamte Habe wurde eingezogen. Einige wenige blieben trotz der Verhaftungswelle nach der „Feuernacht“ unerkannt, andere konnten in letzter Minute über die Grenze nach Österreich entkommen: So der legendäre Schützenmajor Georg Klotz (1919 – 1976), der Schützenleutnant Luis Amplatz aus Bozen-Gries (1926 – 1964) und die „Pusterer Buben“ (im Volksmund „Puschtra Buim“) Siegfried Steger, Sepp Forer, Heinrich Oberlechner und Heinrich Oberleiter. Sie flüchteten nach Österreich und kamen zu gegebenen Anlässen allein oder zusammen mit österreichischen Kameraden immer wieder über die Grenze, um ihren Kampf weiterzuführen – nach Bekanntwerden der Folterungen bewaffnet weiterzuführen: Denn sie waren fest entschlossen, eher im Feuergefecht zu sterben, als Folterern in die Hände zu fallen. Es kam zu weiteren bewaffneten Aktionen, und es gab Opfer auf der Seite der italienischen Sicherheitskräfte wie auf Seiten der Freiheitskämpfer.

### **Die Rolle der italienischen Geheimdienste**

Eine besonders düstere Rolle spielten die beteiligten italienischen Geheimdienste. Luis Amplatz wurde in der Nacht auf den 7. September 1964 in einem Heustadel auf den „Brunner Mahdern“ im Passeier von Christian Kerbler, einem vom Militärgeheimdienst Servizio Informazioni Forze Armate (SIFAR) – danach Servizio Informazioni Difesa (SID) – gedungenen Mörder, im Schlaf erschossen. Sein Kamerad Georg Klotz wurde dabei schwer verwundet und konnte sich wie durch ein Wunder aus eigener Kraft über die Grenze nach Nordtirol in Sicherheit bringen.



Im Zusammenhang mit späteren Vorkommnissen dürften Geheimdienstinflüsse eine noch weit größere Rolle gespielt haben. Jüngere Forschungsergebnisse des österreichischen (Militär-)Historikers Hubert Speckner legen offen, dass die meisten Anschläge/Attentate, die dem BAS verbundenen nachmaligen Freiheitskämpfern und Gruppierungen zugeschrieben wurden, eher auf das Konto italienischer Dienste respektive von Angehörigen der von Geheimdienstlern und neofaschistischen Parteigängern bzw. Sympathisanten durchsetzten „Gladisten“, Angehörigen des italienischen Zweigs der „Stay behind“-Verbände der Nato, gehen dürften.

### **„Attentate“, die keine waren**

So zeigen Speckners auf bis dato unausgewerteten sicherheitsdienstlichen und juristischen österreichischen Unterlagen fußenden Untersuchungen, dass der als „schlimmstes Attentat“ geltende „Porzescharte“-Vorfall vom 25. Juni 1967 (vier Tote) keinesfalls so abgelaufen sein konnte wie er von italienischen Stellen offiziell dargestellt und von politischer Seite Österreichs sowie von der journalistischen wie wissenschaftlichen Publizistik als gegeben erachtet wurde und bis zur Stunde wird. Die völlige Rehabilitierung der 1971 in Florenz verurteilten, in Österreich hingegen freigesprochenen Beschuldigten Erhard Hartung, Peter Kienesberger (verstorben 2015) und Egon Kufner steht indes aus. Desgleichen gilt für eine zweite, ebenso voluminöse Studie Speckners, in welcher er anhand von 48 Geschehnissen, für welche (nicht allein) Italien den BAS verantwortlich machte, nachweist, dass die offizielle Darstellung nicht der Wirklichkeit, folglich auch nicht der Wahrheit entspricht.

### **Ohne Wirken des BAS kein Autonomiepaket**

Ob die Aktionen des BAS der Südtiroler Sache geschadet oder genutzt haben, ist insofern umstritten, als Befunde im Kleide „wissenschaftlich begründeter“ Aussagen dazu stets unter der Prämisse des sogenannten „erkenntnisleitenden Interesses“

zustande gekommen und zu bewerten sind. Der unter maßgeblichem Einfluss der „Innsbrucker Schule“ der Zeitgeschichtsforschung und -schreibung sozusagen als wissenschaftliche „Opinio communis“ geltenden „Erkenntnis“, wonach die Autonomie(lösung) für Südtirol „*nicht wegen, sondern trotz*“ (!) der Anschläge des BAS zustande gekommen sei, stehen nicht minder begründete fundierte Aussagen von Politikern und Zeitzeugen der Erlebnisgeneration gegenüber, wonach die entscheidende Neunzehner-Kommission, welche „Paket-Maßnahmen“ sowie „Operationskalender“ als Grundlagen für das Zweite Autonomiestatut ausarbeitete, ohne die öffentlichkeitsaufrüttelnden Taten der Freiheitskämpfer kaum eingesetzt worden und somit das Einlenken Roms kaum zustande gekommen wäre.

### **Eine Ausstellung aus der Verpflichtung zum Gedenken**

Aus alldem leitet sich die Verpflichtung zu redlichem Gedenken für die BAS-Aktivisten ab, die infolge ihres selbstlosen Einsatzes im Freiheitskampf zu Tode gekommen sind, sowie für jene, die infolge ihres Wirkens für das angestammte Tiroler Volk im südlichen Landesteil Gesundheit, Hab und Gut, Familie(nangehörige) sowie Heimat verloren. Ihnen allen, den Toten wie den (noch) Lebenden, gilt die zeitgeschichtlich bedeutsame, auf Dauer angelegte Ausstellung „BAS – Opfer für die Freiheit“, welche das Geschehen während der 1960er Jahre in all seinen Facetten vergegenwärtigt und veranschaulicht.

Die Ausstellung befindet sich in Bozen, Lauben 9, und ist von Dienstag bis Samstag (jeweils von 10–12 Uhr und von 15-17 Uhr) geöffnet. Nach Vereinbarung

( Kontakt: <https://bas.tirol> ; Tel. 0039 0471 214 169; E-Post: [info@bas.tirol](mailto:info@bas.tirol) ) sind Gruppenführungen auch außerhalb dieser Zeiten möglich. Initiatoren sind der Andreas-Hofer-Bund Tirol (AHB; Innsbruck) und der Südtiroler Heimatbund (SSB; Bozen). Großzügiges Mäzenatentum der (von der in Australien lebenden Österreicherin Dr. Helga Christian 1966

eingerichteten) Laurin-Stiftung (Liechtenstein) hat ihre Einrichtung als Dauerausstellung erst ermöglicht.

„BAS – Opfer für die Freiheit“ verherrlicht keineswegs Gewalt und/oder Terrorismus. Sie legt anhand von Einzelobjekten offen, wozu Männer und Frauen imstande sein können (und müssen), die keinen anderen Weg mehr sehen, als zur Tat zu schreiten, um die im Lügengewand des „demokratischen Staates“ ausgeübte Gewaltherrschaft gegen die in fremdnationaler Umgebung zu leben gezwungenen Landsleute durch gezielte Attacken zu unterminieren – wenn der gütlichen Worte genug gewechselt sind, ohne dass sich Besserung/Befriedung einstellt.

### **Erstmals öffentlich präsentierte Exponate**

Die Ausstellung „BAS – Opfer für die Freiheit“ erinnert an Verdienste, Leiden und Opfer der Verfolgten und ihre(r) Familien – auch und gerade weil sie in der überwiegenden Zahl der Fälle ohne Dank geblieben sind. Die meisten der erstmals in aller Öffentlichkeit präsentierten Exponate entstammen der „Mitterhofer-Sammlung“. Sepp Mitterhofer aus Meran-Obermais, ein bisher von der Südtiroler Politik unbedankt gebliebener BAS-Aktivist der ersten Stunde, jetzt Ehrenobmann des Südtiroler Heimatbundes (SHB), in dem sich am 9. Februar 1974 ehemalige Freiheitskämpfer zusammenschlossen, hat sie über Jahrzehnte hin zusammengetragen und beherbergt. Seine Sammlung bildet den Kern der Ausstellung „BAS – Opfer für die Freiheit“.

Ausgestellt werden zudem weitere Objekte aus dem Besitz von BAS-Aktivisten bzw. deren Nachkommen. Aus dem „BAS-Archiv“, dem im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum in Innsbruck vorhandenen Vorlass der BAS-Aktivisten Herlinde und Klaudius Molling, sind Leihgaben ausgestellt, welche die mitunter einfachen Methoden veranschaulichen, derer sich die Freiheitskämpfer bedienen mussten. Ein reichhaltig ausgestatteter Ausstellungskatalog stellt in Wort und Bild

eindrucksvoll den inneren Zusammenhang von Exponaten und Geschehenshistorie her.



Tonbandgerät Uher Report



Zündvorrichtung für Sprengsatz



Aufruf der BAS-Führung vom 11.6.1961.



BAS-Kämpfer Georg Klotz



Bildnis von Luis Amplatz mit original Strickleiter und Schlafsack



Sepp Forers (BAS-Gruppe „Pusterer-Buben“)  
Ausrüstungsgegenständen

### **Herausforderungen**

Eine Herausforderung für diese erstmalige Ausstellung über den BAS bestand darin, dass sowohl die „offizielle“ italienische, als auch die wissenschaftliche und journalistische Publizistik im deutschsprachigen Raum deren Aktivisten politisch in die „recht(sradikal)e Ecke“ stellt(e). Das wird jedoch weder den handelnden Personen noch ihrer Sache gerecht. In den für die damalige Südtirol-Politik entscheidenden Jahren waren unter den BAS-Leuten (in Südtirol wie in Österreich und Deutschland) fast alle gängigen politischen Weltanschauungen vertreten; ihren führenden Köpfen ging es vor allem darum, dass „etwas geschehen muss“.

Die allen Bevölkerungsschichten entstammenden Südtiroler BAS-Aktivisten handelten schlicht und ergreifend aus dem Beweggrund, als Tiroler Patrioten Heimat und Volkskultur vor der schieren Gefahr „ewiger Italianità“, der vom „demokratischen Italien“ bruchlos übernommenen Zielsetzung des Faschismus, somit vor dem von Kanonikus Gamper beschworenen „Todesmarsch der Südtiroler“ (s.o.) zu bewahren. Dies just auch für die Anschauung Nachgeborener nachvollziehbar zu machen, ist das hehre Ziel dieser durch und durch für gelungen zu erachtenden Ausstellung.